

Kleine Anfrage

Erzbistum Vaduz

Frage von Landtagsabgeordneter Georg Kaufmann

Antwort von

Frage vom 02. November 2022

Die überraschende, allein auf die Person von Bischof Haas zurückzuführende Errichtung des Erzbistums Vaduz im Jahr 1997 hat in katholischen Kreisen und in der Bevölkerung viel Unruhe und Unfrieden ins Land gebracht. Im kommenden Herbst ist mit der Emeritierung von Erzbischof Haas auch eine Veränderung im Erzbistum Vaduz zu erwarten. Dies geht auch den Staat etwas an, weil die Trennung von Staat und Kirche noch nicht vollzogen ist. Die Aussage, es handle sich um «innerkirchliche Angelegenheiten» trifft nicht zu, geht es doch auch um Steuermittel, sozialen Frieden und religiöse Bildung an den öffentlichen Schulen. Die Regierung ist gefordert, zu handeln. Meine Fragen:

- * Auf welche Weise sind die Regierung und im Besonderen das Aussenministerium in die Planungen zur Zukunft des Erzbistums Vaduz involviert? Welche aktiven Schritte haben sie bereits unternommen?
- * Die Regierung ist nicht dem Kirchenrecht unterstellt, sondern die Vertretung der gesamten Bevölkerung. Welche eigenständige Position vertritt die Regierung in diesen Treffen und Gesprächen? Zurück zu Chur oder ein eigenständiges Bistum bleiben?
- * Gibt es in dieser Angelegenheit Kontakte mit dem Fürstenhaus? Wenn ja, was sind die Erkenntnisse daraus?
- * Wir stehen ein knappes Jahr vor dem Ereignis. Warum informiert die Regierung in dieser für viele Katholiken - immerhin 60% unserer Einwohner - zentralen Frage die Liechtensteiner Bevölkerung nicht über ihre Position und allfällige Interventionen?
- * Wie sieht die Regierung ihre Verantwortung gegenüber den Menschen im Land, in dieser Thematik eine transparente Informationspolitik zu betreiben, um Konflikte wie damals bei der Errichtung des Erzbistums zu vermeiden?

Antwort vom 04. November 2022